2020/21 Ausland

https://shop.jungle.world/artikel/2020/21/verpruegelt-und-verspottet

In Mittelamerika sind LGBTI in der Pandemie verstärkt der Polizeigewalt ausgesetzt

Verprügelt und verspottet

Von **Knut Henkel**

In der Pandemie verschlechtert sich die Situation von LGBTI in Mittelamerika. In Honduras werden sie von Polizei und Militär drangsaliert. Demütigungen, Schläge und willkürliche Verhaftungen sind dort, wie auch im benachbarten El Salvador, nicht unüblich.

Donny Reyes erinnert sich noch gut an die vergangenen Demonstrationen zum 17. Mai. »Da sind wir mit mehr als 1 000 Menschen durch die Straßen von Tegucigalpa (Hauptstadt von Honduras, Anm. d. Red.) gezogen, haben auf unsere Situation, auf die Verletzung unserer Menschenrechte aufmerksam gemacht. Heute verbietet uns die Ausgangssperre das – wir können nur digital protestieren«, sagt der 45jährige Koordinator der LGBTI-Organisation. Auf die Übergriffe der honduranischen Polizei und der berüchtigten Militärpolizei, die die rigorosen Maßnahmen der Regierung oft mit Gewalt durchsetzt, haben Arcoíris und andere Organisationen mit einer Erklärung aufmerksam gemacht, die an staatliche Institutionen und internationale Organisationen versandt wurde. »Im Covid-19-Notstand in Honduras ist die Homo-Lesbo-Bi-Transphobie gewachsen, die LGBTI-Personen sind Opfer unzähliger Angriffe, von Gewalt über sexueller Gewalt und Ausgrenzung bis zum jüngsten Mord einer Transfrau in La Ceiba«, heißt es in dem Schreiben.

Allein im April hat das Büro des UN-Beobachters für Menschenrechte in Tegucigalpa mehr als 6 000 willkürliche Verhaftungen registriert. »Bei vielen davon wurde exzessiv Gewalt angewandt, bei etlichen auch Folter«, sagt Reyes. Zum Beweis hat er das Foto einer Transfrau mit geschorenen Haaren verschickt, die zudem verprügelt worden war. Das ist kein Einzelfall in Tegucigalpa, sondern eher Alltag. Kaum ein Tag vergeht, an dem Reyes und seine Kollegen von Arcoíris nicht mit neuen Fällen von Polizeigewalt zu tun bekommen. Oft sind es Transfrauen, die sie als Leidtragende polizeilicher Willkür zur Behandlung ins Krankenhaus zu bringen versuchen, deren Fälle sie dokumentieren und Menschenrechtsorganisationen übergeben – darunter dem UN-Büro.

Vor allem Transfrauen sind in der Covid-19-Pandemie noch verwundbarer als in normalen Zeiten. »Die Ausgangssperre macht es den Transfrauen unmöglich, ihrer Arbeit nachzugehen. Ohne Einnahmen müssen sie hungern«, erläutert Reyes. Auf der Straße gehen sie der Prostitution nach, um etwas Geld für Lebensmittel zu verdienen. Sexarbeit sei meist ihre einzige Option, denn Zugang zu formaler Arbeit bekämen LGBTI-Personen in Honduras nicht, so Reyes. Ein weiteres Problem stellt das in der Krise zu kollabieren drohende Gesundheitssystem dar Mehrere Kliniken in San Pedro Sula, aber auch in Tegucigalpa weisen Patienten mit dem Hinweis auf die Pandemie und erschöpfte Kapazitäten ab. Arcoíris habe nur mit Hilfe von befreundeten Krankenschwestern die medizinische Versorgung von der Polizei zusammengeschlagener Transfrauen erreichen können, erzählt Reyes.

Auch er selbst habe Probleme, sich in Tegucigalpa zu bewegen, denn seit der Verschärfung der Ausgangssperre ist es nur noch einmal in 14 Tagen erlaubt, die eigene Wohnung zu verlassen. Zuvor galt die Ausgangssperre zwischen 17 und acht Uhr. »Wir bewegen uns geradezu in der Illegalität, wenn wir versuchen, Transfrauen Lebensmittelpakete zu bringen, Mieten zu zahlen oder Polizeigewalt zu dokumentieren«, so Reyes. Zwischen 25 und 35 Transfrauen unterstützt seine Organisation derzeit, für mehr reichen die Spenden nicht. In Honduras verdoppeln sich die Infektionszahlen genauso wie im benachbarten El Salvador alle elf Tage. 2 565 positiv Getestete gab es am 18. Mai in Honduras, 1 338 waren es in El Salvador. Im Vergleich zu El Salvador (27 Tote) sterben in Honduras (138) allerdings deutlich mehr Menschen an Covid-19.

Ansonsten gebe es viele Parallelen, schreibt Amaral Arévalo im kritischen Online-Magazin El Faro. Der Analyst und Sozialmediziner kritisiert die willkürlichen Verhaftungen in beiden Ländern und die Zwangsunterbringung in sogenannten »Zentren zur Eindämmung«. Bis zu vier Wochen müssen Betroffene dort in Quarantäne verbringen. Eine separate Unterbringung von Transfrauen ist nicht gewährleistet, Diskriminierung der Normalfall. Proteste in derartigen Einrichtungen hat es in El Salvador zuletzt häufiger gegeben. Die Diskriminierung von LGBTI-Personen, so Arévalo, sei ein strukturelles Problem nicht nur in den mittelamerikanischen Gesellschaften, sondern auch weiter südlich. Mitverantwortlich macht er dafür evangelikale Kirchen, die an politischem Einfluss gewonnen haben und LGBTI-Personen als Überträger von Sars-CoV-2 stigmatisieren. Das sorge dafür, dass diese Bevölkerungsgruppe immer stärker diskriminiert werde.

In El Salvador haben immerhin einige Bürgermeister dazu aufgerufen, die Rechte von Transfrauen zu respektieren. Vergleichbare Fälle sind Reyes in Honduras nicht bekannt. Dort gibt es anders als in El Salvador auch keine funktionierende Nahrungsmittelhilfe für besonders Bedürftige. Reyes sagt: »Die Hilfsmaßnahmen, die es gibt, richten sich an Senioren und Behinderte und werden nach politischen Kriterien vergeben.« Nur wer der Regierung von Präsident Juan Orlando Hernández gewogen sei, habe Aussicht, etwas zu erhalten. LGBTI sind immer wieder gegen den Präsidenten und für ihre Rechte auf die Straße gegangen – nicht nur am 17. Mai, dem internationalen Tag gegen die Diskriminierung von LGBTI.

© Jungle World Verlags GmbH